

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 10

Artikel: Erdölkrise in neuer Sicht 3. Grosslandschaft der Politik
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095205>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erdölkrise in neuer Sicht

Grosslandschaft der Politik

Schluss der Untersuchung von Peter Sager

Die «vorverschobene» Erdölkrise vom letzten Jahr ist unter anderem eine Gelegenheit, sich veränderte weltpolitische Konstellationen aus dieser Perspektive vor Augen zu halten.

Die Erdölkrise vom Herbst 1973 und vor allem die ausserordentliche Verschlechterung der atlantischen Beziehungen zwingen zu einem neuen Ueberdenken der weltpolitischen Entwicklung und Lage.

Der Faktor China

Ausgangspunkt ist die chinesische Kulturrevolution von 1966. Sie fixierte einen Konflikt zwischen Peking und Moskau, der bis dahin noch überbrückbar schien.

Diese Kulturrevolution war weniger Ausdruck einer neuen ideologischen Haltung — etwa die Verwirklichung der permanenten Revolution —, als vielmehr Symptom eines internen Machtkampfes aus aussenpolitischen Gründen. Schon im Herbst 1966 war sichtbar geworden, dass Mao Tse-tung einen mittleren Kurs im Interesse Chinas zu steuern gewillt war, den er gegen die beiden Machtinstrumente Partei und Armee durchsetzen musste (ZB Nr. 23 vom 9. November 1966). Erstere, unter Führung Liu Schao-tschis, war zum Kompromiss mit Moskau bereit, letztere strebte unter Führung von Generalstabschef Lo Schi-tschin ein revolutionäres Auslandsengagement Chinas an, das dessen wirtschaftliche und politische Möglichkeiten überforderte. Mao, damals sehr krank und ohne Machtinstrument, setzte Lin Piao als Nachfolger ein und gab Kraft seines Prestiges der Jugend freie Hand zu revolutionären Vorstössen, um auf diese Weise von unten her Partei und Armee infiltrieren zu können. Dass es Peking in erster Linie um diesen mittleren Kurs ging, war auch daraus ersichtlich geworden, dass es das sowjetische Opfer — den Sturz Chruschtschows als Konzessionsangebot — nicht angenommen hatte.

Die chinesischen Angriffe hatten sich von 1958 an intern und von 1961 an immer sichtbarer gegen Chruschtschow gerichtet, angeblich weil er den Stalinismus verraten hatte. Aber die sowjetische Restalinisierung nach Chruschtschows Sturz blieb unbeheftlich. Offenbar ging es Peking gar nicht in erster Linie um die Restaurierung des Stalinismus, sondern um die Verhinderung einer Annäherung zwischen der UdSSR und den USA, die unter Chruschtschow grössere Chancen hatte als zuvor und danach.

Mao setzte seine Linie durch. Seine Krankheit hat Lin hoffen lassen, dass er recht bald die

Nachfolge des Vorsitzenden antreten könne. Die erstaunliche Erholung Maos zerschlug diese Hoffnung, und Lin hat vielleicht deshalb eine Annäherung an die Sowjetunion vollzogen, um seine eigene Machtstellung ausbauen zu können. Aber nochmals trug Mao den Sieg davon.

Damit entstand die tripolare Situation im Dreieck Moskau—Peking—Washington. Diese Lage hätte zu einer erheblichen Entspannung beitragen können, wenn Washington als westliche Führungsmacht von Westeuropa zureichend unterstützt worden wäre. Das tripolare System zwang die Sowjetunion zu neuen Massnahmen, vor allem gegenüber Westeuropa, und zwar im Versuch, auf diesem Weg die Machtverhältnisse im Dreieck zu beeinflussen. Die neue Europapolitik, die sich für Moskau aus aussereuropäischen Motiven ergeben hatte, wurde erst von Frankreich, dann von der Bundesrepublik zunächst als Möglichkeit für eigene Einsätze und sodann als Ergebnis eigener Leistungen missverstanden. Beide Länder sind zwar in ihrer «neuen Ostpolitik» im wesentlichen gescheitert, können dies indessen kaum eingestehen, weil sie ihre Regierung mit dieser Politik aufs engste verbunden haben.

Die Ueberschätzung westeuropäischer Möglichkeiten zu eigenen Initiativen in Moskau, statt im osteuropäischen Vorfeld der Sowjetunion, hat nicht nur die Vereinigten Staaten geschwächt, sondern dem tripolaren System eine erhebliche Unstabilität verliehen. Westeuropa wurde zum Störfaktor dieses Systems, das deshalb jetzt an Bedeutung verliert. Vor allem die Erdölkrise hat dies sichtbar gemacht.

Abschied vom tripolaren System

Nicht wegen der Europäischen Gemeinschaft, die bezeichnenderweise selber in ihrer schwersten Krise steckt, sondern wegen nationaler Selbstüberschätzung westeuropäischer Länder hat sich Westeuropa zwar nicht durch seine Organisation, sondern durch seine Desintegration als Kampffeld angeboten, auf dem Washington, Moskau und Peking eine Entscheidung suchen müssen. Gegenwärtig kommt Westeuropa eine seine politische Kraft übersteigende Bedeutung nur als Folge seiner «nuisance value» zu. Auch damit trägt es bei zur Ueberwindung des tripolaren Systems, was bedauert werden kann.

Gegenüber der Sowjetunion stehen nunmehr drei Gruppen: Nordamerika, Westeuropa und China. Es ist klar, dass nur eine politische Allianz unter diesen drei Gruppen und ihrem «Hinterland», Lateinamerika für Nordamerika, Afrika und der Nahe Osten für Westeuropa und Südostasien für China, die Voraussetzung zu einem erfolgreichen Widerstand gegen die anhaltende Aggression der Sowjetunion im Rahmen ihres politischen Krieges schafft. Tendenziell wird also das tripolare System erneut durch ein

3 bipolares abgelöst werden müssen, und die Schuld daran liegt bei Westeuropa.

Die sowjetische Weltpolitik

Für die Sowjetunion ist es notwendig, die politische Allianz zwischen China, Westeuropa und den Vereinigten Staaten zu verhindern; sie kann sich nicht gleichzeitig frontal gegen alle drei Gruppen stellen. Nordamerika entzieht sich geopolitisch einem direkten sowjetischen Zugriff. China ist aus demographischen Gründen vor einem militärischen Angriff weitgehend gesichert. Indessen ist China der Hauptfeind der Sowjetunion, einmal wegen der gemeinsamen Grenzen, dann aber wegen der chinesischen Vertrautheit mit der sowjetischen Gefahr.

China, das wirtschaftlich weniger zu bieten hat als Westeuropa, lässt sich auch eher von den beiden andern Gruppen isolieren. Damit sind die Prioritäten der sowjetischen Weltpolitik gesetzt. Ihr Ziel ist es, die sowjetische West- und Südfront politisch zu sichern, um dann den grösstmöglichen Druck auf China auszuüben, nicht im Rahmen eines militärischen, sondern eben des politischen Krieges.

Die Westfront ist für die Sowjetunion gesichert, wenn die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gemäss sowjetischen Wünschen abgeschlossen werden kann. Sie sichert der Sowjetunion zugleich jene europäische Wirtschaftshilfe, auf die sie ganz erheblich angewiesen ist.

Die Südfront im Nahen Osten hat wegen der Erdölkrise eine vorübergehend ungünstige Entwicklung genommen. Die Sowjetunion versucht, auf der Grundlage der Abkommen mit dem Irak und Syrien, eine friedliche Regelung, die auf Kosten des sowjetischen Einflusses ginge, zu verhindern. Eben hier hat die sowjetische Weltpolitik in jüngster Zeit den grössten Rückschlag erlitten.

Die Südfront im Mittleren Osten ist durch den Freundschaftspakt mit Indien weitgehend gesichert. Diese Sicherung soll durch die vorgeschlagene Konferenz für die Sicherheit und Zu-

Roth-Käse ist gesund, reich an wertvollem Eiweiss, ohne Kohlehydrate, hat Kalzium und Phosphor und Vitamin A + D und die ganze Naturkraft der feinsten silofreien Milch.



«Ich würde sehr glücklich sein, wenn die Vereinigten Staaten mir Waffen lieferten (...), und ich würde ebenfalls glücklich sein, wenn die Sowjetunion mit uns in Verhandlungen über neue Waffenkäufe einzutreten wünschte.»

Sadat in einem Interview mit der «New York Times»

Sequenz

Am 21. November 1973 dementierte der tschechoslowakische Aussenminister Bohuslav Chnoupek über Radio Hvezda mit Entschiedenheit alle Gerüchte, wonach die Ölkrise irgendeinen negativen Einfluss auf die tschechoslowakische Wirtschaft haben könne. Wie andere sozialistische Staaten habe auch die CSSR einen zuverlässigen Lieferanten (gemeint natürlich die Sowjetunion) für Brennstoffe und für Rohstoffe überhaupt.

Am 22. November 1973 dementierte Miroslav Dohnal über Radio Prag die «fälschlicherweise ausgestreuten Gerüchte», wonach die internationalen Auswirkungen der Erdölkrise zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung oder gar zu einer Benzinpreiserhöhung in der Tschechoslowakei führen könnten. Die CSSR habe von der UdSSR ihr Erdöl zu verbindlichen Fixpreisen gekauft, die man weder jetzt noch im Jahre 1974 zu ändern brauche.

Am 21. Januar 1974 dementierte der stellvertretende Ministerpräsident Rudolf Rohlicek über Radio Bratislava die Gerüchte, wonach mögliche Benzinpreiserhöhungen eine Erhöhung der Preise für Konsumgüter nach sich ziehen könnten.

Am 30. März 1974 setzte das Bundespreismat der Tschechoslowakischen Föderation neue Benzinpreise fest. Sie wurden nahezu verdoppelt. In den gleichen Tagen wurden Geschwindigkeitsbegrenzungen und Beschränkungen in der Benzinabgabe teils angeordnet, teils angekündigt.

Am 30. März 1974 (am gleichen Tag also) stellte «Rude Pravo» in einem Leitartikel fest, dass die im Zusammenhang mit der Brennstoffknappheit angestiegenen Preise auf andern Sektoren nicht als Kettenreaktion einer allgemeinen Teuerungswelle verstanden werden dürften. Bei den erforderlichen Preissmassnahmen gehe es lediglich darum, den ökonomischen Relationen Rechnung zu tragen.

sammenarbeit Asiens nach dem Fernen Osten hin verlängert werden. Dieser kommt indessen eine geringere Bedeutung zu.

Wenn es der Sowjetunion gelingt, die KSZE erfolgreich abzuschliessen und den Rückschlag im Nahen Osten zu überwinden, steht ihr nichts mehr im Wege, um sich China langsam aber sicher gefügig zu machen. Hierauf kann sie Westeuropa ansteuern. Einzig Nordamerika wäre es dann möglich, sich in kontinentaler Isolierung frei von sowjetischem Einfluss zu halten.

Die sowjetische Taktik

Das Hauptziel der sowjetischen politischen Taktik besteht darin, die drei Gruppen China, Westeuropa und die Vereinigten Staaten unter sich zu spalten und tunlichst von ihren «Hinterländern» zu isolieren. Das hauptsächlichste Einsatzfeld ist das sich gegenwärtig in Auflösung befindende Westeuropa.

Die ersten grossen Erfolge hat die Sowjetunion mit der anti-amerikanischen Propaganda erzielt, die seit 1960 zu den Hauptaufgaben der kommunistischen Parteien und parakommunistischen Organisationen gehört. Es ist Ausdruck westeuropäischer Unsicherheit und Ohnmacht, dass dieses sowjetische Propagandamotiv auf derart günstigen Boden gefallen ist und als Saat so erfolgreich aufgehen konnte.

In dem dadurch begründeten Klima wird die Sowjetunion ein neues Instrument einsetzen, das in Sri Lanka entdeckt und getestet worden ist: die Bildung einer zweiten, radikalere kommunistischen Partei durch Neugründung (BRD und Schweiz) oder Spaltung der bisherigen KP (vermutlich in Frankreich und Italien). Beide Parteien werden von Moskau abhängig sein. Derweil die evolutionäre womöglich eine Regierungsbeteiligung sucht, besteht in der revolutionären Partei schon die Alternative zu einer scheitern- den Regierung.

Die Aufgabe Westeuropas

Vor allem aber wird der evolutionäreren Partei die Aufgabe gestellt werden, Westeuropa und Nordamerika zu spalten, während die revolutionäre Partei beauftragt ist, einen Keil zwischen Westeuropa und China zu treiben. So steht zu vermuten, dass Moskau beginnen wird, sogar gutgläubige westeuropäische Maoisten zunehmend zu finanzieren, um eine politische Annähe-

rung zwischen Westeuropa und China zu erschweren. Desgleichen ist zu befürchten, dass die innenpolitischen Bedingungen in Westeuropa eine neue Radikalisierung erfahren, damit das aufgeschreckte Bürgertum mehr und mehr der evolutionäreren kommunistischen Partei in die Arme getrieben wird, die zunehmend den Einsatz für Ruhe und Ordnung plakatieren dürfte. Zunächst hat Westeuropa eine Aufgabe im atlantischen Raum: die Festigung der primär von Europa aus gestörten Einheit. Wenn Europa die kleinliche Schadenfreude an Rückschlägen Nordamerikas, des erfolgreichen Nachfolgers Europas, nicht überwindet; wenn nationale Sonderinteressen — am augenfälligsten durch Frankreich — andauernd vor das Allgemeininteresse der freien Welt gestellt werden, kurz, wenn Europa nicht loyal die Vereinigten Staaten zu unterstützen beginnt, dann können für die Unabhängigkeit Westeuropas keine günstigen Prognosen mehr gestellt werden.

Dialektik der Vorpostenrolle

Anti-amerikanische Regungen sind in Westeuropa häufig geworden. Sie sind meist Ergebnis psychischer Verdrängungen westeuropäischer Unzulänglichkeiten. Und sie finden merkwürdig viele Verteidiger wohl im Bestreben, aus dem Schlimmsten noch das Beste zu machen. Man würde in Europa besser tun, die Rede Nixons sachlich zu analysieren, statt mit emotionalen Reaktionen zu antworten. Diese Rede stellt nach der Erdölkrise den zweiten Denkanstoss für Europa in dessen eigenem Interesse dar. Es genügt ein Blick auf die Weltkarte, um zu zeigen, dass der westeuropäische Wurmfortsatz am eurasischen Kontinent unter den heutigen weltpolitischen Gegebenheiten seine Chance nur in einer atlantischen Allianz und in einer erheblichen Verbesserung der Beziehungen zum Nahen Osten und zu China finden kann. Die Alternative hierzu ist die Finnlandisierung Westeuropas als Uebergang zu dessen Sowjetisierung.

Im nahöstlichen Raum ist nicht minder eine geschlossene und einheitliche Haltung Westeuropas unter Verzicht auf nationalistische Sonderzügelein vonnöten, um die grosse Chance einer echten Partnerschaft, gegründet auf langfristige, gemeinsame Interessen, wahrzunehmen.

Westeuropa stellt heute auch für dessen «Hinterland», den nahöstlichen und nordafrikanischen

Raum, einen Vorposten von grösster Bedeutung dar. Eine Sowjetisierung Westeuropas — heute in den Bereich realer Möglichkeiten gerückt und nicht mehr bloss Element eines theoretischen Planspiels — hätte unausweichlich auch die Sowjetisierung des Nahen Ostens zur Folge. Eben dies kann unter keinen Umständen als im Interesse des Nahen Ostens liegend beurteilt werden. Nur die eh und je geringen kommunistischen Minderheiten auch unter den arabischen Völkern würden eine solche Politik bewusst einschlagen. Aber sie befänden sich dort wie anderswo im eindeutigen Gegensatz zu den wahren Interessen ihrer Völker.

Daher haben die arabischen Staatsmänner — allen voran Präsident Sadat und König Feisal II. — erkannt, dass nur eine solche Partnerschaft den gemeinsamen Interessen dient. Der Erdölboycott war das unübersehbare Signal, nachdem die früheren Signale überhört worden sind.

Westeuropa ist nunmehr auch ein arabischer Vorposten. Das ist allein die Schuld der Westeuropäer, die gleichsam wie die alten Römer tanzen, ohne zu merken, dass sie sich auf einem Vulkan befinden, und die den Fragen der besseren Zubereitung von Taubenzenzen grössere Beachtung schenken als jenen der Erhaltung einer offenen Gesellschaft.

Aber Vorposten *auch* des Nahen Ostens ist nur ein *geintes* Europa. Die nahöstlichen Erdölproduzenten werden also gut daran tun, die Einigkeit Westeuropas zu fördern. Zur Motivierung Westeuropas gehört zudem — auch in diesem weiteren Rahmen im arabischen Interesse — die unbedingte Garantie Israels in den Grenzen vom Mai 1967. Diese atlantische Bedingung haben die nahöstlichen Staatsmänner besser erkannt als die westeuropäischen. Diese hatten nichts gewonnen, als sie im Jom-Kippur-Krieg den USA die Basenbenützung für Nachschubflüge nach Israel verweigerten. Dass die USA es dennoch zustande brachten, Israel zu versorgen, hat ihnen die arabische Achtung eingebracht, die sich Westeuropa erst noch durch seine Haltung verdienen muss.

Gegenüber China schliesslich ist eine ungemein pragmatischere Haltung Westeuropas zu fordern. Natürlich erkennt niemand, dass China ein kommunistisches Regime aufweist. Aber im Gegensatz zur Sowjetunion hat China in den letzten Jahren auf den Export, seiner Revolution glaubwürdig verzichtet und sich jeder Aggression enthalten. Gleichzeitig ist der Totalitarismus in China selbst zurückgegangen. China ist das einzige mächtige kommunistische Land, dem Vertrauen entgegengebracht werden kann, wenn es im Rahmen einer wie immer gestalteten politischen Allianz auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Allianzpartner verzichtet. Auch China ist existentiell auf die Einheit Westeuropas angewiesen. Es wird gut daran tun, diese atlantische Einheit zu fördern, wo immer es in seiner Macht liegt.

So erhält Europa im Zeitpunkt seiner grössten Schwäche eine neue weltpolitische Bedeutung. Im Versuch, der Auseinandersetzung zu entfliehen, hat es diese in seine Grenzen gezogen. Nicht wegen Nordamerika, dem Nahen Osten oder China, sondern primär wegen Europa und seinem Schicksal ist zu hoffen, dass Westeuropa seiner Verantwortung bewusst wird und danach handelt. Die Freiheit vieler Völker hängt davon ab, nicht zuletzt auch der osteuropäischen.

(Schluss)